



Der Syndikalist

Name: Christian Levrat
Funktion: Präsident SP Schweiz
Alter: 45
Familie: Verheiratet, drei Kinder
Ausbildung: Jus-Studium
Karriere: Jurist Flüchtlingshilfe, Zentralsekretär Gewerkschaft Kommunikation
 Seit 2003 Nationalrat
 Seit 2008 Parteipräsident
 Seit 2012 Ständerat



Der Unternehmer

Name: Philipp Müller
Funktion: Präsident FDP Schweiz
Alter: 63
Familie: Geschieden, drei Kinder
Ausbildung: Lehre als Gipser/Stuckateur
Karriere: Aufbau einer Generalbau- und Immobilien-Gruppe
 Seit 2003 Nationalrat
 Seit 2012 Parteipräsident
 2015 Kandidat Ständerat

DAS STREITGESPRÄCH LEVRAT VS. MÜLLER

«Schon wieder falsch»

Die Parteipräsidenten von FDP und SP über die Sanierung der AHV, den Kampf um die Bilateralen und die Rolle der SVP im Bundesrat.

INTERVIEW: STEFAN BARMETTLER
 FOTOS: RUBEN WYTENBACH

«Aus Liebe zur Schweiz» – Herr Levrat, wie finden Sie den Wahl-Slogan Ihrer ehemaligen Partei, der FDP?

Christian Levrat: Weniger dumm als jener, den man vor 30 Jahren hatte. «Weniger Staat» kam darin vor.

Philipp Müller: «Mehr Freiheit, weniger Staat», hiess er.

Levrat: Dieser Spruch war plump, der aktuelle tönt stark nach Marketing.

Herr Müller, sind Sie froh, dass der Jungfreisinnige Levrat nicht mehr in der FDP ist?

Müller: Nein, wir würden ihn wieder nehmen, allerdings müsste er zuerst durch ein liberales Weiterbildungsprogramm.

Levrat: Dieses freisinnige Programm habe ich hinter mir, deshalb bin ich jetzt bei den Sozialdemokraten. Immerhin habe ich damals etwas Farbe in die Partei gebracht.

Heute plädieren Sie in bester Sozialdemokraten-Tradition für den Ausbau des Sozialstaates – koste es, was es wolle. Stichwort: Altersvorsorge 2020.

Levrat: Ich halte fest: Wir haben mit dem verabschiedeten Paket die AHV bis 2030 gesichert. Zum ersten Mal ist es gelungen, ein ausgewogenes Paket zu schnüren.

Ausgewogen? Die Renten sollen um 70 bis 230 Franken im Monat erhöht werden – und zwar auf Kosten der Mehrwertsteuer und von Lohnprozenten.

Levrat: Die Bundesräte Couchepin und Burkhalter sind mit ihren Abbauvorschlägen gescheitert, ihre Vorlagen wurden mit 70 Prozent abgelehnt – die Sozialdemokraten waren die einzigen, die diese Vorschläge bekämpften. Eine mehrheitsfähige Strategie läuft zwingend über ein ausgewogenes Gesamtpaket. Es muss die AHV stärken und einen Ausgleich für die Senkung des Umwandlungssatzes bei der Beruflichen Vorsorge (BVG) schaffen.

Das Gesamtpaket wird mehr als 2 Milliarden Franken kosten – bezahlt wird es durch die nächste Generation.

Müller: Die Mehrkosten für diese 70 Franken werden mit 1,4 Milliarden Franken beziffert, fällig ab 2030. Dieser Zuschuss muss finanziert sein. Nur schon ohne diese Rentenerhöhung werden wir bei der AHV ab 2030 ein Defizit von 8 bis 9 Milliarden Franken haben, pro Jahr. Mit der geplanten Erhöhung wird das Loch noch grösser. Man wird deshalb den jüngeren Leute, die im Arbeitsprozess stehen, sowie den bisherigen Rentnern erklären müssen: Du darfst zwar die Erhöhung der Altrenten mitfinanzieren, wirst aber zumeist nicht in den Genuss dieser Erhöhung kommen.

Senken die erhöhten Lohnnebenkosten nicht die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft – und bedrohen letztlich Arbeitsplätze, Herr Levrat?

Levrat: Die Wirtschaft macht massiv Druck, dass der BVG-Umwandlungssatz

gesenkt wird. Dann stellt sich für uns die Frage: Senken wir nun die Renten oder kompensieren wir die Senkung des Umwandlungssatzes? Wenn man die Renten nicht senken will, was ich befürworte, muss man darüber diskutieren, wo die Mehrkosten anfallen sollen – bei der AHV oder beim BVG.

Müller: Für uns Freisinnige ist eine Erhöhung der Lohnnebenkosten in der Höhe von 0,3 Prozent ein Tabu. Das Paket riecht ohnehin nach Wahlkampfgeschenk. Die Allianzpartner CVP und SP haben damit ihre Klientel befriedigt. Die Rechnung bezahlen die Arbeitstätigen, die Arbeitgeber und die Konsumenten, die via Mehrwertsteuer zur Kasse gebeten werden.

Das Rentenalter auf 67 erhöhen?

Levrat: Das ist ja auch insgeheim der Plan der Freisinnigen. Die FDP-Parlamentarier haben im Online-Wahlportal Smartvote zu 90 Prozent angekreuzt, dass sie für ein Rentenalter 67 sind.

Müller: Das höre ich von Herrn Levrat schon zum dritten Mal. Bei den Smartvote-Umfragen kann man aber nur Ja oder Nein sagen. Unsere Position ist da gar nicht abbildbar. In der aktuellen Rentenreform ist ein Rentenalter 67 ohnehin kein Thema, wir plädieren vielmehr für eine Flexibilisierung.

Levrat: Auch bei einer Flexibilisierung braucht es ein Referenzalter. Und da plädiert die FDP für 67 Jahre.

Müller: Schon wieder falsch. Ich bin Gipser von Beruf. Es ist nicht vorstellbar, dass ein Gipser, der ein Leben lang gearbeitet hat, bis 67 Jahre auf seinem Job arbeitet. Das ist auch für andere Handwerker undenkbar, die körperlich enorm belastet sind, im Bau, in der Industrie. Deshalb ist es für uns ein Muss, dass man ein flexibles Rentenalter – ab 62 – möglich macht.



Ehemalige
Parteikollegen:
Christian Levrat,
Philipp Müller.



«Herr Müller, Sie heizen den Konflikt an.»

«Schon wieder falsch»

Levrat: Alle wollen flexibilisieren, auch wir. Aber beim Referenzalter peilen Sie 67 Jahre an.

Müller: Falsch, das Referenzalter bleibt für die FDP bei 65 Jahren. Im Übrigen haben wir die Altersvorsorge-Reform unterstützt bis zum Zeitpunkt, als Sie mit dem Weihnachtsgeschenk von 70 Franken für Neurentner kamen.

In der Mehrheit der OECD-Länder liegt das Pensionierungsalter bei 67 oder höher. Wenn wir nicht nach oben korrigieren, wächst die Mehrbelastung für die junge Generation massiv. Ihre drei Kinder, Herr Levrat, müssen 1,5 Rentner finanzieren.

Levrat: Es wird ein Generationenkonflikt herbeigeredet. Meine Kinder werden froh sein, wenn die AHV auf stabilen Füßen steht und sie mir – im schlimmsten Fall – nicht persönlich unter die Arme greifen müssen. Dafür braucht es eine starke AHV. Hingegen stellt sich bei meinen Kindern die Frage, ob sie das Geld bei der UBS auf einem Dritte-Säule-Konto anlegen sollen oder bei der AHV. Und da sage ich: Bei der AHV fährt man deutlich besser.

Müller: Herr Levrat, Sie wollen den Generationenkonflikt einfach wegreden. Tatsache ist, dass sämtliche Jungparteien wegen Ihrer Rentenreformpläne auf die Barrikaden steigen.

Levrat: Moment, es sind nur Ihre Jungfreisinnigen, die kritisieren. Die jungen Sozialdemokraten rufen zur Solidarität zwischen den Generationen auf. Sie hingegen heizen den Konflikt an.

Müller: Bitteschön, Ihre Jusos sind aus Parteilassung auf Linie, alle anderen Jungparteien warnen, dass sie am Ende die Zechen bezahlen müssen. Nochmals: Wir müssen eine Volksabstimmung gewinnen, dazu muss man alle Leute ins Boot holen.

Levrat: Sie müssen mir keine Lektionen über Volksabstimmungen geben. Sie haben bei der Altersvorsorge zweimal haushoch verloren, wir haben gewonnen.

Herr Müller, Sie behaupten, die Masseneinwanderungsinitiative sei nicht umsetzbar. Sie werfen die Flinte ins Korn?

Müller: Ich werfe nicht die Flinte ins Korn. Aber irgendwann muss man Klartext reden. In der Verfassung stehen seit dem 9. Februar 2014 drei Begriffe: Inländervorrang, Höchstzahlen, Kontingente. Diese sind nicht kompatibel mit dem Freizügigkeitsabkommen und damit mit den Bilateralen I. Diese wiederum haben eine politische Verknüpfung zu Schengen/Dublin, das heisst zu den Bilateralen II. Bei einem Ende der Bilateralen I würden wir de facto zu einer Schengen-Aussengrenze.

Wie früher – wie andere Länder in Europa.

Müller: Was das heisst, haben die Deutschen im Frühling 2004 mit uns in der Nordwestschweiz geübt. Der Grenzverkehr ist damals zusammengebrochen. Täglich passieren heute 700 000 Fahrzeuge und 1,3 Millionen Personen die Grenze, das sind keine Kriminellen, sondern Touristen und Arbeitnehmer.

Offenbar haben wir diese Übung überlebt.

Müller: Sie erinnern sich: «Haben Sie etwas zu verzollen?» Oder: «Bitte Kofferraum öffnen.» So hat es damals getönt. Und die Grenzen waren nicht sicherer. Machen wir uns nichts vor, wir haben bereits vor Schengen nur 2 bis 3 Prozent aller Grenzgänger kontrolliert. Zudem sagen die Leute vom Grenzwachtkorps, wir hätten aufgrund der Teilnahme am Schengen-System und dank dem Zugang zu internationalen Datenbanken heute mehr Sicherheit.

Weshalb glauben Sie nicht an die Diplomaten und warten auf eine Verhandlungslösung, etwa mit Schutzklausel?

Müller: Ich stelle nüchtern fest, dass die EU 19 Monate nach Annahme der Initiative noch nicht einmal ein Verhandlungsmandat über das Freizügigkeitsabkommen beschlossen hat. Zudem müssen wir wohl davon ausgehen, dass die EU auch gegenüber Drittstaaten nicht von ihren Grundprinzipien abweicht. Deshalb ist es an der Zeit, den Leuten reinen Wein einzuschenken und zu sagen: Ihr könnt wählen zwischen den Bilateralen oder einer

«Die FDP steht zur Konkordanz.»

wortgetreuen Umsetzung des Verfassungsartikels mit der Konsequenz, dass die Bilateralen den Bach runtergehen. Dann reden wir aber von Hunderttausenden Arbeitsplätzen, die bedroht sind.

Levrat: Mit dieser Argumentation bin ich weitgehend einverstanden. Das Problem ist nur, dass es bei der FDP unterschiedliche Varianten gibt. Mal heisst es, die Diplomaten sollen besser verhandeln, dann wird eine wortgetreue Umsetzung gefordert, dann wiederum ist gar nichts möglich. Aber klar ist: Die Stunde der Wahrheit rückt näher. Es wird immer offensichtlicher, dass sich Kontingente und Personenfreizügigkeit sowie die Bilateralen nicht vertragen. Deshalb stehen SP und FDP in der Verantwortung, eine gemeinsame Lösung zu suchen.

Selbst die SVP hat die Lautstärke zurückgedreht, von einer Durchsetzungsoffensive ist derzeit nicht mehr die Rede.

Levrat: Die SVP ist wohl nie davon ausgegangen, dass sie an der Urne eine Mehrheit holen würde. Die knappe Mehrheit war sozusagen ein Betriebsunfall. Jetzt realisieren sie, dass die Konsequenzen einer Umsetzung für die Wirtschaft sehr unangenehm werden könnten.

Wie soll die Zahl der Zuwanderer reduziert werden? 80 000 Nettozuwanderung pro Jahr ist offenbar zu viel.

Levrat: Ich halte Kontingente für untauglich. Die Personenfreizügigkeit in Europa ist eine wichtige Errungenschaft. Gleich-

«Die Mehrheit bei der Masseneinwanderungsinitiative war ein Betriebsunfall.»

zeitig müssen wir das inländische Arbeitspotenzial intensiver ausschöpfen. Wir müssen also die Beschäftigungsquote der Frauen erhöhen, jene der älteren Arbeitnehmer, jene der Ausländer, die hier ansässig sind. In diesem Zug sollten wir das Arbeitsverbot für Asylsuchende aufheben. Es macht keinen Sinn, wenn wir Leute aus der Ukraine oder aus Rumänien hierherholen, damit sie in der Landwirtschaft arbeiten – und gleichzeitig haben wir Asylsuchende, die hier leben und nicht arbeiten dürfen.

Müller: Frauen sind für mich das grösste Potenzial. Ich habe drei Töchter, die sind bestens ausgebildet, wollen arbeiten und Familie haben. Da bin ich mit Herrn Levrat einverstanden. Dann haben wir weiteres Potenzial bei Arbeitnehmern über 50. Nur: Die Realität ist leider, dass diese Leute bei Arbeitslosigkeit Schwierigkeiten haben, eine neue Stelle zu finden. Diese Leute wollen nicht geschützt werden, nein, sie wollen bloss nicht diskriminiert werden.

Wo werden sie diskriminiert?

Müller: Zum Beispiel bei den BVG-Beiträgen, die altersabhängig sind, und zwar mit Sätzen von 7 bis 18 Prozent. Ältere Arbeitnehmer werden durch die unterschiedlichen Prozentsätze bei der beruflichen Vorsorge auf dem Arbeitsmarkt massiv diskriminiert. Die FDP hat im Parlament

Postulate eingereicht, die bei den Sätzen Parität verlangt.

Auch eine Einschränkung beim Familiennachzug wird gefordert – realistisch?

Levrat: Glauben Sie im Ernst, dass der IT-Manager ohne seine Familie in die Schweiz umziehen wird? Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass der Forscher aus Portugal mit der Familie kommen kann, die Serviertochter aus Portugal aber nicht. Das kann nicht der Weg sein.

Und Asylbewerber statt Ukrainer in der Landwirtschaft?

Müller: Unrealistisch. Ich kenne viele Arbeitgeber, die Eritreer einzustellen versuchten. Doch da haben wir schnell ein Qualifikationsproblem, ein Sprachproblem, ein kulturelles Problem. Und wenn jemand im Asylverfahren steckt, muss er für Abklärungen zur Verfügung stehen.

Soll die SVP, die stärkste Kraft, wieder mit zwei Leuten im Bundesrat vertreten sein?

Müller: Zuerst wollen wir wissen, wer an den Wahlen wie abscheidet und wer nominiert wird. Dann finden Hearings in den Fraktionen statt. Wir stehen zur Konkordanz, das heisst: Die drei grössten Parteien erhalten je zwei Sitze, die viertgrössten einen.

Sie verlangen ein Ja zu den Bilateralen als Voraussetzung für die Wählbarkeit.

Müller: Ich habe nicht gesagt, das sei eine Voraussetzung. Ich sage nur, an den Kandidaten-Anhörungen werden unsere Fraktionsmitglieder bezüglich zwingenden Völkerrechts, Europäischer Menschenrechtskonvention EMRK und Bilateralen Fragen haben.

Und wenn ein SVP-Kandidat gegen EMRK, gegen die Bilateralen, gegen zwingendes Völkerrecht ist – was sagen Sie dann?

Müller: Das entscheide nicht ich, sondern die Fraktion. Wir wollen, dass die Regierung im Parlament gespiegelt wird. Wir haben zu oft erlebt, dass Bundesräte ohne starke Basis im Parlament mit Reformvorhaben abstürzen. Deshalb sage ich: 2, 2, 2, 1 ist für mich nach wie vor gültig.

Diese Formel geht für Sie auf, Herr Levrat?

Levrat: Solange SVP und FDP in der Bundesversammlung keine Mehrheit haben, gibt es keinen Grund für eine automatische Mehrheit im Bundesrat. Zudem ist es für mich sehr unschweizerisch, wenn die Politik des Bundesrates in der Parteizentrale gemacht wird, wie dies bei der SVP der Fall ist. Ich erinnere daran, dass der Bundesrat von 2003 bis 2007 so schlecht funktionierte wie nie zuvor. Man hat Abstimmungen verloren, man konnte jeden Sonntag die Bundesratsprotokolle in den

«Herr Levrat, Sie wollen den Generationenkonflikt wegreden.»

Zeitung lesen, es gab Intrigen. Seit 2007 arbeitet der Bundesrat deutlich besser.

Auch einen gemässigten SVP-Vertreter würden Sie nicht wählen?

Levrat: Letztlich gibt es keinen gemässigten SVP-Vertreter mehr. Die Partei kämpft gegen die Bilateralen, gegen die Menschenrechtskonvention, ist für eine Abschaffung des Rechts auf Asyl. Wir haben es mit einem gemässigten SVP-Mann versucht.

Sie reden von Samuel Schmid.

Levrat: Nach kurzer Zeit war er nur noch ein halber Bundesrat. Nein, die SVP hat sich immer am liebsten als Oppositionspartei gebärdet.

Sie liegen mit der SP jetzt bei 18,7 Prozent. Ist der Plafond erreicht?

Levrat: Ich gehe davon aus, dass wir zulegen.

Ihre Verbündeten – Grüne, Grünliberale – könnten verlieren.

Levrat: Falls sie an Terrain verlieren, müssen wir diese Verluste kompensieren. Wir haben zusammen mit der Mitte wichtige Reformen durchgebracht: Die AHV-Reform, die Energiewende, Reformen in der Steuer- und Bankenplatzgesetzgebung. Es war aber immer sehr knapp, sieben Sitze entscheiden. Deshalb ist es für uns wichtig, diese Mehrheit von sieben Sitzen zu retten.